

**DER BUNDESMINISTER
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG**

GZ 10 072/996-1.1/84

II-1695 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Versagung einer vom Bundesministerium
für Landesverteidigung zugesagten Un-
terstützung für einen Waffendienstver-
weigerer aus Gewissensgründen;

Anfrage der Abgeordneten Dr. PUNTIGAM
und Genossen an den Bundesminister für
Landesverteidigung, Nr. 737/J

718 IAB

1984 -07- 03

zu 737/J

Herrn

Präsidenten des Nationalrates

Parlament

1017 Wien

In Beantwortung der seitens der Abgeordneten zum
Nationalrat Dr. PUNTIGAM und Genossen am 10. Mai
1984 an mich gerichteten Anfrage Nr. 737/J, be-
treffend die Versagung einer vom Bundesministerium
für Landesverteidigung zugesagten Unterstützung
für einen Waffendienstverweigerer aus Gewissens-
gründen, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1:

Entgegen anderslautenden Behauptungen in der stei-
rischen Ausgabe der NEUEN KRONEN ZEITUNG vom 21. April
1984 sind Erich STÖGER seitens des Bundesministeriums
für Landesverteidigung keinerlei Unterstützungszu-
sagen im Sinne der Fragestellung gegeben worden;
die von den Anfragestellern in diesem Zusammenhang
erhobenen Vorwürfe entbehren daher jeder Grundlage.
Hinsichtlich des Standpunktes des Bundesministeriums
für Landesverteidigung in dieser Angelegenheit ver-
weise ich auf die in Fotokopie beige-schlossene Presse-
aussendung vom 2. Mai 1984.

- 2 -

Zu 2:

Vorerst ist der Ordnung halber festzustellen, daß die in der Anfrage kritisierte "Kriminalisierung" nicht das Bundesministerium für Landesverteidigung zu verantworten hat, sondern nur die notwendige Konsequenz der bestehenden Rechtslage darstellt. Im übrigen ist die Fragestellung insofern bereits überholt, als Erich STÖGER in der Zwischenzeit aus der Untersuchungshaft und in weiterer Folge wegen vorübergehender Dienstunfähigkeit gemäß § 41 des Wehrgesetzes 1978 für die Dauer eines Jahres auch vorzeitig aus dem Präsenzdienst entlassen wurde. In diesem Zeitraum hätte er nunmehr die Möglichkeit, der Zivildienstkommission neuerlich seine Gewissensgründe darzulegen.

29. Juni 1984

Beilage

Abteilung Presse- und Informationsdienst

Auszug BM.LV..........02.05.1984.....Beilagezu Zahl 10 072/996-1.1/84

NE2431/D2

NL A001

das bundesministerium fuer landesverteidigung gibt bekannt:sitzstreik vor dem verteidigungsministerium=

zu einem sitzstreik vor dem verteidigungsministerium hat die arbeitsgemeinschaft fuer zivildienst fuer mittwoch, den 2. mai, 1100 uhr, aufgerufen. die etwa 80 demonstranten forderten eine entlassung des 29jaehrigen erich s t o e g e r aus dem bundesheer. erich s t o e g e r hatte einen zivildienstantrag gestellt, der jedoch von der unabhängigen zivildienstkommission des innenministeriums abgelehnt worden war. s t o e g e r war daher auf grund der rechtslage einzuherufen und rueckte am 2.4.84 ein. wegen befehlsverweigerung wurde er angezeigt und befindet sich derzeit in untersuchungshaft.

bundesminister fuer landesverteidigung, dr. friedhelm f r i s c h e n s c h l a g e r, der sich zum zeitpunkt der demonstration bei einer sitzung der fpoe-landesparteileitung in salzburg befand, erklärte dazu, der fall s t o e g e r moege als einzelfall menschlich zu bedauern sein, aber man koenne von ihm als verteidigungsminister, der gesetzte zu vollziehen habe, nicht erwarten, dass er eine entscheidung einer beim innenministerium eingerichteten und von unabhängigen richtern gefuehrten kommission unterlaufe. auch wolle er nicht in ein laufendes gerichtsverfahren eingreifen.

minister f r i s c h e n s c h l a g e r verwies weiters darauf, dass s t o e g e r s antrag auf zivildienst nicht vom verteidigungsministerium sondern von der zivildienstkommission abgelehnt worden sei. seine einberufung sei die rechtliche konsequenz gewesen.

auch ueber das laufende verfahren habe nicht er, sondern ein unabhängiger richter zu entscheiden. er werde daher das urteil des unabhängigen richters abwarten und wolle erst dann erneut die moeglichkeit einer vorzeitigen entlassung pruefen. eines muesse aber klar sein - so der verteidigungsminister - eine entlassung kaeme nur dann in frage, wenn hiefuer, wie es das wehrgesetz vorsieht, ausreichende militärische ruecksichten oder sonstige interessen vorlaegen bzw. dienstunfaehigkeit aus medizinischen gruenden gegeben sei. derzeit sei das nicht der fall, er schliesse aber nicht aus, dass sich nach vorliegen eines rechtskraeftigen urteils neue aspekte der beurteilung ergeben koennen.

02.05.84

dr. s a r t o r i u s, minr+
(schluss)

NE2431 1984-05-02/14:25